

Lärm:

Plakate sollen Bürger alarmieren

Stadt und Bürgerinitiativen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens trommeln für Spenden.

Musterklagen sollen finanziert werden

Stadt und Bürgerinitiativen kämpfen gemeinsam gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Mit einer Plakataktion werben sie jetzt um Spender. Mit dem Geld soll eine private Musterklage finanziert werden.

MAINZ. Seit heute können 23 Ordner mit rund 2500 Seiten an insgesamt sieben Stellen in der Stadt eingesehen werden: Es handelt sich um die Unterlagen zum Planfeststellungsbeschluss zum geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens, die bis einschließlich 24. Januar dort ausliegen.

Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) und die Bürgerinitiative Lebenswertes Mainz und Rheinessen gehen mit einer Plakataktion in die Offensive. „Wir wollen deutlich machen: Jetzt kommt es drauf an. Helft dem Klageverein“, sagte Beutel bei der gestrigen Präsentation und kritisierte gleichzeitig den engen Zeitkorridor der Offenlage. Es sei bezeichnend für das Verfahren, dass die Frist über die vorgeschriebenen 14 Tage nicht hinaus verlängert worden sei.

Innerhalb von einem Monat ist es nun möglich, gegen die Pläne der Fraport AG Klage einzureichen. Die Stadt als Träger der Planungshoheit wird das auf jeden Fall tun. Bürger als „Träger des Rechtsguts Gesundheit oder als Eigentümer“ sollten dies ebenfalls tun, sagte Beutel. Er verwies noch einmal auf die erhebliche Belastung in der

Nacht und prognostizierte, dass die technische Kapazitätsgrenze mit dem Ausbau auch ausgenutzt werde: Damit erhöhten sich die Starts und Landungen von heute 480 000 auf bis zu 900 000.

Doch private Klagen können teuer werden, erläuterte Dietrich Elsner von den Initiativen. Daher sammelt der Verein Geld für Musterklagen. Denn das Münchner Anwaltsbüro, das auch die Stadt vertritt, arbeitet nicht für die gesetzlichen Gebühren. Damit blieben die Kläger also selbst bei einem Sieg auf Kosten sitzen. Diese würden sich noch erhöhen, wenn in zweiter Instanz das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig angerufen würde, eine für diesen Fall sehr wahrscheinliche Variante. Das anvisierte Ziel der jetzigen Spendenaktion ist 100 000 Euro. Der Klageverein diene den Mainzern quasi als „private Rechtsschutzversicherung“, sagte Dietrich Elsner. Auf hundert Din-A 0-Plakaten und fünf Banderolen heißt es nun im Stadtgebiet: „Flughafen-Ausbau Frankfurt: Doppelter Fluglärm! – Wir klagen: Helfen Sie!“

Beutel versteht die Aktion auch als Alarm, die zu erwartende Lärmbelastung (siehe nebenstehende Grafiken) nicht hinzunehmen. Im Planfeststellungsbeschluss heißt es dazu: Die Lärmauswirkungen führen zu keiner nachhaltigen Störung der Bebauungspläne der Stadt. (dib)

■ www.lebenswertesmainz.de

„Ausbau zu Fall bringen“

Verein unterstützt Klagen gegen neuen Fluglärm / 23 Ordner liegen aus

Von
Werner Wenzel

Vor allem für Anwälte dürfte der Inhalt der 161 prall gefüllten Ordner interessant sein, die seit Freitag an sieben Orten in Mainz (Ortsverwaltungen Laubenheim, Hechtsheim, Mombach, Bretzenheim, Lerchenberg, Bürgeramt und Umweltinformationszentrum) zur Einsicht ausliegen. Dabei handelt es sich um sieben Exemplare des jeweils 23 Ordner umfassenden Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Auf den mehr als 2 550 Seiten der Genehmigung suchen die Juristen nun nach Argumenten gegen den Ausbau. Sowohl die Stadt hat eine Klage gegen das Projekt angekündigt als auch die Initiative „Lebenswertes

Mainz e.V.“ Der Klageverein hat zum Ziel, so Wolfgang Eckert aus dem Vorstand, „den Planfeststellungsbeschluss und damit den Ausbau des Flughafens zu Fall zu bringen“ – mit Musterklagen von den Fachanwälten der Münchner Kanzlei Nörr Stiefenhöfer Lutz, die auch die städtische Klage vorbereiten. „Wir haben den Anwälten zwölf Kandidaten mitgeteilt“, sagte Eckert gestern im Umweltinformationszentrum. Diese wählten dann sechs Musterkläger aus, deren Klagen besonders aussichtsreich erscheinen – je drei aus schon stark verlärmten Stadtteilen wie Hechtsheim und Bretzenheim sowie drei aus künftig betroffenen Gebieten wie der Oberstadt.

Während die Stadt ihre Rechte bei der Ausübung ihrer

Planungshoheit durch den Ausbau beschränkt sieht, können Privatkläger geltend machen, dass ihre Gesundheit gefährdet werde oder ihr Haus an Wert verliere. Oberbürgermeister Jens Beutel hat die Mainzer dazu aufgerufen, den Verein zu unterstützen, damit er die Kosten der Musterklagen bewältigen kann, die bis 8. Februar beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel vorliegen müssen. Es gehe aber dabei, so Eckert, „nicht um Entschädigungen oder passiven Schallschutz für Häuser, sondern darum, den Ausbau zu stoppen“, sagte er.

■ Weitere Infos unter www.lebenswertesmainz.de.

■ Der Beschluss ist im Internet abrufbar unter www.wirtschaft.hessen.de

+